

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

### **Aktuelle Stunde zu Stuttgart 21**

## **Thomas Strobl: „Ergebnis der Volksabstimmung gutes Signal für den Standort Deutschland / Erfolg der parlamentarischen Demokratie“**

Anlässlich der erfolgreich verlaufenen Volksabstimmung in Baden-Württemberg gab es diesen Mittwoch eine Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag zu Stuttgart 21. Eröffnet wurde die lebhafteste Debatte vom Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg Thomas Strobl. Sie finden seinen Redebeitrag im vollen Wortlaut anbei:



(Foto: DBT/photothek)

**Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs haben am vergangenen Sonntag bei der Volksab-

stimmung über den Bahnhof Stuttgart 21 eine sehr klare Entscheidung getroffen.

(Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): So ist es!)

59 Prozent stimmten mit Nein. Sie stimmten gegen den Ausstieg Baden-Württembergs aus diesem Bahnprojekt. Nur 41 Prozent waren für einen solchen Ausstieg, und das bei einer für Volksabstimmungen sehr, sehr hohen Wahlbeteiligung von nahezu 50 Prozent. Das ist eine sehr klare Entscheidung für den Bahnhof Stuttgart 21 und damit auch eine sehr klare Entscheidung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Hier ist auch klar zu sagen, dass diese Entscheidung in Baden-Württemberg sehr konsistent gewesen ist. Die große Mehrheit der Menschen im ländlichen Raum in Baden-Württemberg hat sich für diesen Bahnhof ausgesprochen. Auf der Alb, an der Donau, aber auch am Neckar, im Hochverdichtungsraum und in der Stadt Stuttgart selbst, in der dieses Thema

(Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vergessen Sie mal Baden nicht, Herr Kollege!)

- von Ihnen, Herr Kollege Kuhn, immer wieder befeuert - über viele Monate hinweg eine große Rolle

gespielt hat, haben die Bürgerinnen und Bürger entschieden, dass sie diesen Bahnhof wollen. In der Region Stuttgart war die Mehrheit sogar noch größer. Das ist eine klare Entscheidung. Jetzt haben wir klare Verhältnisse.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin sehr froh darüber, dass dieses ökologisch und ökonomisch wichtige Schienenprojekt

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh! Jetzt aber!)

für Baden-Württemberg, aber auch für ganz Deutschland, jetzt realisiert werden kann, und es sollte schnell realisiert werden. Herr Kollege Kuhn, damit sollten auch die Querschüsse - nicht die Zwischenrufe, aber die Querschüsse - ein Ende haben.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Querschüsse?)

Das gilt beispielsweise für Querschüsse aus der Landesregierung Baden-Württembergs. Das gilt für die Querschüsse aus den Reihen der Grünen, und das gilt für weitere Querschüsse. Deswegen fordere ich den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg und seinen Verkehrsminister nachdrücklich dazu auf, zum Stuttgarter Bahnhof zu gehen und mit den Menschen dort zu sprechen, um ihnen das Abstimmungsergebnis zu erklären, um zu erklären, dass der Bahnhof gebaut wird. Die Grünen haben die Menschen dort über Jahre hinweg auf die Bäume gebracht.

(Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU): Genau!)

Sie haben die Stimmung angeheizt. Jetzt holen Sie die Menschen bitte wieder von den Bäumen herunter, und erklären Sie, dass der Bahnhof gebaut wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese Entscheidung in Baden-Württemberg ist, so meine ich, auch ein gutes Signal für Deutschland. Warum ist das so? Wir hätten ansonsten in Zukunft bei Projekten in Deutschland ein Problem gehabt, egal ob es sich um einen Kindergarten oder ein Großprojekt gehandelt hätte, weil mit dem Hinweis auf Stuttgart 21 eine Minderheit von Gegnern gesagt hätte: Wenn wir nur laut genug sind und wenn wir nur lange genug dagegen sind, werden wir es verhindern können. - Jetzt kommt von den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs ein klares Signal für die Zukunft. Es wird in Deutschland auch in Zukunft möglich sein, wichtige Infrastrukturprojekte zu planen und durchzusetzen. Das gilt für Straßenprojekte, das gilt für Schienenprojekte, das gilt für Stromtrassen - und das ist wichtig für den Wirtschaftsstandort Deutschland, für die Arbeitsplätze in der Zukunft und für unseren Wohlstand. Deutschland hat Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Ich glaube, dass dieses Abstimmungsergebnis in Baden-Württemberg auch eine Bestätigung unserer parlamentarischen Demokratie gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann senken Sie jetzt das Quorum! Runter mit dem Quorum!) - Jetzt hören Sie doch einmal zu; das gehört ebenfalls zur parlamentarischen Demokratie, auch wenn es schwerfällt. - Mit großer Mehrheit hat die Bevölkerung in Baden-Württemberg, das Volk, bestätigt, was in jahrelangen parlamentarischen Prozessen - im Gemeinderat der Stadt Stuttgart, in der Verbandsversammlung der Region Stuttgart, im Landtag von Baden-Württemberg, im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament - beraten und entschieden worden ist. Ich finde, das ist eine Bestätigung unserer parlamentarischen Demokratie. Auch deswegen dürfen wir uns über diese klare Entscheidung der Baden-Württemberger Bürgerinnen und Bürger freuen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)



Informationen zur gesamten Debatte um Stuttgart 21 finden Sie auf der Homepage des Bundestages unter folgendem Link:

[http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/36837245\\_kw48\\_de\\_standort/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/36837245_kw48_de_standort/index.html)

#### WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- **NATO-Operation Active Endeavour (mit namentlicher Abstimmung)**
- **Regierungserklärung zum Europäischen Rat**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

## BESUCH AUS DEM WAHLKREIS:

50 Besucherinnen und Besucher aus dem Wahlkreis weilten auf Einladung Thomas Strobls für einige Tage in Berlin. Zum reichhaltigen Programm der Gruppe, die sich u.a. aus Mitgliedern der Kolping-Familie und den Neckarsulmer Ortschaftsräten von Obereisesheim und Dahenfeld zusammensetzte, gehörten Besuche im Kanzleramt und im Bundesministerium der Finanzen sowie der Besuch einer Plenardebatte im Deutschen Bundestag.

Direkt im Anschluss an letzteren Programmpunkt folgte ein Gespräch mit Thomas Strobl im Berliner Reichstag. Hierbei schilderte der Abgeordnete die aktuelle Politik und beantwortete die Fragen der Besucher zum Thema Euro-Krise, Stuttgart 21 u.v.m. Anschließend ging es auf die Kuppel zum obligatorischen Gruppenbild.

Abgerundet wurde der viertägige informative Besuch schließlich mit einem Ausflug an historische Stätten im nahegelegenen Potsdam, was den Eindruck einer hochinteressanten Bildungsreise bei den Gästen verfestigte.



Hierzu bemerkte Andreas Gastgeb, der Sprecher der Ortschaftsräte, in einer Mail an Thomas Strobl: „Im Namen der beiden Ortschaftsratsgremien aus Neckarsulm möchte ich mich bei Ihnen für eine grandiose Informationsfahrt nach und durch Berlin bedanken. Wir haben die Fahrt und den Ihnen damit auferlegten Aufwand nicht als selbstverständlich erachtet. Nicht zuletzt dank Ihrer hervorragenden

Programmgestaltung haben wir Berlin als eine wirklich würdige Bundeshauptstadt erleben dürfen.“ In ähnlicher Weise äußerte sich Albrecht Stephan, der für die Kolpinggruppe sprach, was zeigt, dass auch die für dieses Jahr letzte Abgeordneten-Fahrt bei den Teilnehmern großen Anklang fand. Da dies die Regel ist, verwundert auch die große Nachfrage nach solchen Berlin-Reisen nicht. Sie ist so groß, dass die Fahrten für 2012 bereits ausgebucht sind und für Teilnahmeinteressenten eine Warteliste geführt werden muss, die derzeit bis 2013 reicht.

## PRESSEMITTEILUNGEN:



## CDU-Landesvorsitzender Thomas Strobl:

### „Die Bahngegner sollten die Backen nicht zu dick aufblasen“ (29.11.2011)

„Wenn bislang jemand dafür gesorgt hat, dass Stuttgart 21 teurer wird, dann war es diese grün-rote Landesregierung“, sagt Thomas Strobl, der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, zu den Aussagen von Ministerpräsident Kretschmann, Verkehrsminister Hermann und anderen grün-roten Koalitionären, die aktuell immer wieder auf den Kostenrahmen für Stuttgart 21 von rund 4,5 Milliarden Euro hinweisen: „Die Bahngegner in der Landesregierung haben bislang mit großer Kreativität Steine erfunden, die sie dem Projekt in den Weg legen konnten – und das hat zu Verzögerungen geführt. Keiner kann so naiv sein zu glauben, dass das nur Zeit und nicht auch Geld gekostet hat. Deshalb rate ich den Bahngegnern, die Backen nicht zu arg aufzublasen: Sie waren bislang die Kostentreiber. Und damit muss jetzt definitiv Schluss sein!“

Selbstverständlich sei die Einhaltung des Kostenrahmens glasklar im Interesse Baden-Württembergs und der baden-württembergischen Steuerzahler: „Es wirkt aber unfreiwillig komisch, wenn die bisherigen Kostentreiber immer wieder auf diesen Kostenrahmen hinweisen. Oder bereiten sie hier schon einen neuen Schauplatz vor, auf dem sie –

trotz des eindeutigen Votums der Bevölkerung für Stuttgart 21 – das Projekt hintertreiben wollen? Im Übrigen darf man nicht vergessen, auch die Bahn als Bauherr hat ein großes Interesse daran, den Kostenrahmen einzuhalten. Es sind vor allem die Bahnhofsgegner innerhalb der Landesregierung, die jetzt an der Verteuerung des Projekts ein Interesse haben.“



**(Beobachtet aufmerksam die Vorgänge im Land: Baden-Württembergs CDU-Vorsitzender Thomas Strobl)**

Mit Verwunderung nimmt der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl unterdessen das aktuelle Handeln von Verkehrsminister Winfried Hermann zur Kenntnis: „Vor einigen Monaten noch hatte man den Eindruck, es kann ihm nicht schnell genug gehen mit einem Antrittsbesuch bei seinen Bahnhofsgegnerfreunden am Stuttgarter Hauptbahnhof. Jetzt, nach dieser glasklaren Entscheidung des Volkes am Sonntag, ist über entsprechende Besuche, die öffentlichkeitswirksam inszeniert werden, nichts bekannt. Man fragt sich: Wieso geht er jetzt nicht zu Parkschützern & Co., um dort direkt die Demokratie zu erklären, dass Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren sind? Innenminister Reinhold Gall hat das für seine Person angeboten und das ehrt ihn sehr – gefragt sind jetzt aber jene, wie Minister Gall sagte, ‚die einen Draht zu der Personengruppe haben‘. Da steht Minister Hermann in den grün-roten Regierungsreihen an erster Stelle. Aber auch der Ministerpräsident, der stets geduldet hat, dass seine Parteifreunde die Stimmung am Bahnhof und im Park anheizen, muss jetzt schnell deeskalieren und vor Ort beruhigen. Wenn er das – auch vor Ort – nicht tut, wird er seiner Verantwortung nicht gerecht. Diejenigen, die die Leute auf die Bäume gebracht haben, die müssen sie jetzt auch wieder runter holen.“

Angesichts dieses zögerlichen Handelns stelle sich zunehmend die Frage, ob Minister Hermann tatsächlich im Amt bleiben könne: „Immerhin muss er sich komplett um 180 Grad drehen, weil das Land jetzt endlich wieder seiner Projektförderungspflicht nachkommen muss“, so Thomas Strobl. Im Mai dieses Jahres hatte Winfried Hermann noch gesagt, sein Ministerium sei nicht das richtige, um Stuttgart

21 positiv zu begleiten: „Vielleicht ist dieser Spagat zwischen seinen Ministerpflichten und seinen persönlichen Verpflichtungen gegenüber seiner Klientel am Hauptbahnhof zu groß – immerhin muss er als Mitglied der Exekutive jetzt gegen seine tiefe innere Überzeugung handeln. Insofern sollte sich Herr Hermann jetzt ganz persönlich die Frage nach seinem politischen Anstand stellen, ob er dieses Amt noch ausfüllen kann. Die Arbeitsteilung ‚Ministerpräsident akzeptiert Volksentscheid‘ und ‚Minister Hermann torpediert und verteuert das Projekt weiter‘ ist beendet: Den einen Winfried fürs Wolkige und Wohlige, den anderen Winfried fürs Grobe und Wüste – das geht nun nicht mehr!“

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle  
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227-72542  
Fax 030 / 227-70132